

A2 SOLIDARITÄT MIT LSBTIAQ* IN UNGARN, POLEN UND GANZ EUROPA!

Gremium: LAG Queer
Beschlussdatum: 07.07.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Viele polnische Gemeinden, Landkreise oder Provinzen deklarieren seit März 2019
2 ihr Gebiet als **"LGBT-freie Zone"** oder auch **"LGBT-ideologiefreie Zone"**. Den
3 Anfang machte die Stadt Świdnik in Südostpolen, nachdem die rechtskonservative
4 Wochenzeitung Gazeta Polska eine entsprechende Kampagne begonnen hatte. Diese
5 Deklaration hat keine rechtliche Wirkung, sondern dient der ideologischen
6 Polarisierung, Abgrenzung und Ausgrenzung: Nachdem die Migration für die
7 regierende PiS-Partei als Feindbild an Wirkung verliert, wird die sogenannte
8 "LGBT-Ideologie" zum gefährlichen Gegner aufgebaut. Damit soll vor allem das
9 konservativ-katholische Milieu mobilisiert werden, mit verheerenden
10 gesellschaftlichen Folgen für queere Personen.

11 Eine solche Politik wird vermehrt auch in anderen europäischen Ländern, wie
12 Ungarn, Slowenien und Tschechien, verfolgt: LSBTIAQ* wird zum Feindbild
13 aufgebaut.

14 In Ungarn wurde vor kurzem ein Gesetz - nach russischem Vorbild - zur
15 Einschränkung von Informationen über Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit
16 verabschiedet.

17 Einige der zentralen Punkte des Anti- LSBTIAQ*-Gesetzes im Überblick:

- 18 • Verbot des Zugangs zu Informationen, wenn dort „Änderungen des Geschlechts
19 oder Homosexualität vorkommen, popularisiert oder dargestellt werden“.
- 20 • Die Vermittlung von Inhalten zur „Popularisierung“ von Homosexualität oder
21 trans* Identitäten in der Schule ist verboten.
- 22 • Bestimmten NGOs ist es ganz verwehrt, Kurse zu sexueller Aufklärung oder
23 Drogenprävention an Schulen zu halten.

24 In einem offenen Brief kritisierten Amnesty International und weitere NGOs, dass
25 das neue Gesetz „den wissenschaftlichen Dialog und die Aufklärungsarbeit über
26 Homo- und Transsexualität“ unmöglich machen werde. Die Regierung würde mit
27 diesem Gesetz, „LSBTIAQ*-Jugendliche im Stich lassen“, die proportional häufiger
28 Mobbing und Diskriminierung erleben, statt diese Jugendlichen zu schützen, wie
29 es die Verfassung vorschreibe.

30 Die Zusammenführung von Homosexualität und Repräsentation von trans* Personen
31 mit dem Vorwurf der Pädophilie reiht sich in die Ideologie, mit der die Fidesz-
32 Partei und ihr kleinerer Koalitionspartner KDNP (Christlich-demokratische
33 Volkspartei) seit Jahren die Rechte von sexuellen und geschlechtlichen
34 Minderheiten einschränken, ein.

35 Vor gut einem Jahr schon beschloss die Fidesz-KDNP-Mehrheit im Parlament ein
36 Gesetz, das es unmöglich macht, das Geschlecht, das bei der Geburt
37 standesamtlich eingetragen wurde, später in offiziellen Dokumenten und
38 Zeugnissen an die Geschlechtsidentität anzupassen.

39 Mit Slowenien übernimmt Janez Janša - ein "Möchtegern-Trump", der wenig von
40 LSBTIAQ*-Gleichbehandlung hält - den Vorsitz im Europäischen Rat. Seit Jahren
41 kämpft Janša auch gegen LSBTIAQ*-Rechte. So setzte er sich 2015 dafür ein, dass
42 das Ehe-Verbot für Schwule und Lesben wieder eingeführt wird – nachdem ein
43 entsprechender Volksentscheid für die Eheöffnung Erfolg hatte. Der damalige
44 Oppositionspolitiker Janša gehörte zu den lautstärksten Gegnern der Eheöffnung
45 und behauptete: "Es ist nicht möglich, eine Zukunft für Slowenien mit
46 gleichgeschlechtlichen Paaren aufzubauen."

47 Der tschechische Präsident Miloš Zeman bezeichnete in einem Fernseh-Interview
48 trans* Personen als "ekelhaft" und kritisierte den für Anfang August geplanten
49 CSD in Prag scharf. "Wenn man sich einer geschlechtsverändernden [sic!]
50 Operation unterzieht, begeht man im Grunde ein Verbrechen der Selbstverletzung",
51 so Zeman. Außerdem sprach sich der Politiker für "Hetero-Prides" aus: "Wenn ich
52 etwas jünger wäre, würde ich eine große Demonstration von Heterosexuellen in
53 Prag organisieren. Es gibt Millionen von uns." Der 76-Jährige zeigte auch
54 Verständnis für das queerfeindliche "Homo-Propaganda"-Gesetz in Ungarn. Zeman
55 erklärte, andere Länder sollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten
56 Ungarns einmischen.

57 Aber auch in Deutschland gibt es solche Kräfte, wie die AfD, die "Demo für Alle"
58 oder TERFs (Trans-Exclusionary Radical Feminism dt. „trans-ausschließender
59 radikaler Feminismus“). Diese Kräfte werden immer stärker, der Rollback macht
60 sich bemerkbar. Queerfeindliche Straftaten nehmen zu. Insgesamt wurden im Jahr
61 2020 782 Straftaten von Hasskriminalität gegen LSBTIAQ* registriert, darunter
62 154 Gewalttaten (144 Körperverletzungen). Das ist ein Anstieg von 36% gegenüber
63 2019. Mindestens drei schwulenfeindlich motivierte Morde sind nicht in die
64 Statistik eingegangen. Die Dunkelziffer ist riesig.

65 Wir Grüne kämpfen für eine Gesellschaft, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle,
66 trans- und intergeschlechtliche und queere Menschen die gleichen Rechte, die
67 gleichen Freiheiten und die gleiche Anerkennung haben. Wir fordern wirkliche
68 rechtliche Gleichstellung und Respekt für gleichgeschlechtliche und queere
69 Familien mit Kindern ("Regenbogenfamilien") und wollen menschenwürdige
70 Rahmenbedingungen und Selbstbestimmung für trans- und intergeschlechtliche
71 Menschen. Wir treiben Antidiskriminierungspolitik voran, kämpfen für einen
72 bundesweiten Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit und zeigen
73 Regenbogenflagge - sei es in Kiew, Sarajevo, Warschau, Budapest, Prag oder
74 Istanbul, und auch bei uns in Deutschland und Bremen.

75 In Bremen haben wir seit 2015 einen Landesaktionsplan gegen Queerfeindlichkeit
76 und die Bremische Bürgerschaft hat in dieser Legislatur einen bundesweit
77 einzigartigen Queerpolitischen Beirat gegründet, um diesen effektiver
78 umzusetzen. Außerdem gibt es Parlamentsbeschlüsse um OPs an
79 intergeschlechtlichen Kindern und andere medizinische Zwangsmaßnahmen wirksam zu
80 beenden, sowie Entschädigungen zu ermöglichen. Schwule und trans* Personen
81 sollen bei der Blutspende nicht mehr diskriminiert werden und Anfang diesen
82 Jahres wurde ein innenpolitischer Maßnahmenkatalog gegen Hasskriminalität und
83 Gewalt gegen queere Menschen auf den Weg gebracht.

84 Viele dieser und weiterer queerpolitischer Maßnahmen betreffen jedoch die
85 Bundesgesetzgebung und müssen auf Bundesebene geregelt werden. Auch hier sind
86 die Grünen treibende Kraft: Im Bundestag hat die Grüne Fraktion mehrere
87 Gesetzesvorlagen zu Regenbogenfamilien und einem modernen Abstammungsrecht, zu
88 diskriminierungsfreien Blutspenden, zum Entschädigungsfonds für inter- und
89 transgeschlechtliche Menschen und zu einem umfangreichen
90 Selbstbestimmungsgesetz, welches das alte zutiefst diskriminierende
91 "Transsexuellengesetz" ablösen sollte, vorgestellt.

92 Das Europaparlament hat die Europäische Union zu einer „LGBTIQ Freedom Zone“,
93 also einem Freiheitsraum für queere Menschen, erklärt. Mit dem eindeutigen
94 Abstimmungsergebnis stellt das Parlament sich hinter queere Menschen und deren
95 Rechte. Sie grenzt sich damit auch von den diskriminierenden Gesetzen und
96 Entscheidungen einzelner Mitgliedsstaaten ab und setzt ein deutliches Zeichen.

97 Wir haben auf Landes-, Bundes-, und Europäischer Ebene, gezeigt, dass queere
98 Politik nur mit starken Grünen möglich ist. Ohne uns wird eine rückwärtsgewandte
99 queerfeindliche Politik gemacht. Für die Rechte queerer Menschen ist ein
100 Politikwechsel auf Bundesebene notwendig.

101 **Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:**

102 a) auf Europaebene

103 Queere Rechte sind Menschenrechte. Wir fordern das Europäische Parlament auf,
104 sich uneingeschränkt für die Durchsetzung der Menschenrechte insbesondere in
105 Bezug auf LSBTIAQ* einzusetzen. Aufgrund der jüngst verabschiedeten
106 queerfeindlichen Gesetze in Ungarn und Polen, sind diese Länder besonders in den
107 Blick zu nehmen und angemessene Maßnahmen durchzusetzen.

108 Die fünfte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie muss endlich vom EU-Rat
109 verabschiedet werden: Die EU-Kommission schlägt bereits seit 2008 diese
110 Antidiskriminierungsrichtlinie vor: LSBTIAQ* werden in vielen europäischen
111 Ländern weiterhin Rechte vorenthalten, die sie in Deutschland durch das
112 Allgemeine Gleichstellungsgesetz bereits haben. Trotzdem verhindert vor allem
113 Deutschland seit Jahren eine Verabschiedung. Deutschland muss im Ministerrat die
114 fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützen.

115 An dieser Stelle möchten wir hervorheben, dass wir die Bemühung des Landes
116 Bremen im Bundesrat zur Verabschiedung der fünften EU-
117 Antidiskriminierungsrichtlinie in der Vergangenheit begrüßen und hoffen, dass
118 das Thema weiterhin durch die Bremer Landesregierung verfolgt wird.

119 b) auf Bundesebene

120 Deutschland muss seinen Widerstand im EU-Ministerrat gegen die fünfte EU-
121 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich aufgeben. LSBTIAQ* muss bei zukünftigen
122 binationalen Treffen als Thema auf der Agenda stehen. Dabei sollte Deutschland
123 als Vorbild vorangehen und in der eigenen Gesetzgebung die Diskriminierung von
124 queeren Personen abschaffen. Das muss mit einer Reform des Abstammungsrechts und
125 des "Transsexuellengesetzes" (TSG) einhergehen.

126 Die Bundesregierung und der Bundestag sollen die Ausrufung von LSBTIAQ*-freien
127 Zonen als Verstoß gegen die EU-Grundrechtecharta benennen und dagegen
128 protestieren! In den betroffenen Ländern dürfen LSBTIAQ*-feindliche Initiativen
129 und Projekte nicht unterstützt werden. Stattdessen müssen neue Förderprogramme
130 geschaffen und bestehende Programme mit Fokus auf LSBTIAQ* für Aktivist*innen

131 und Organisationen, deren Arbeit in ihrem Heimatland bedroht ist, erhalten und
132 geschützt werden – nach der Strategie „Countering shrinking spaces for LGBTIAQ*
133 Organisations“, also finanzielle Unterstützung von queeren Vereinen und
134 Initiativen.

135 Deutschland soll außerdem länderübergreifende Kulturarbeit und Veranstaltungen
136 sowie Förderungen zum Thema Akzeptanz von LSBTIAQ* (Austausch, Empowerment,
137 Antidiskriminierung) zusammen mit Organisationen wie z.B. dem Goethe-Institut
138 und Parteistiftungen fördern.

139 c) auf Landesebene

140 Bremen und Bremerhaven müssen ihre Städtepartnerschaften, insbesondere zu Gdańsk
141 und Szczecin nutzen, um genau die Initiativen und Projekte zu unterstützen, die
142 sich für ein vielfältiges und friedliches Miteinander in Polen einsetzen.

143 Bei zukünftigen Treffen sollen die Rechte von LSBTIAQ* Personen ein Thema sein.
144 So können sich die offiziellen Delegationen mit queeren Personen und Initiativen
145 in betroffenen Ländern austauschen. Mit polnischen Delegationen können LSBTIAQ*
146 Organisationen in Bremen und Bremerhaven besucht werden und die Entwicklung der
147 Rechte von LSBTIAQ* in Deutschland in das Austauschprogramm einfließen.

148 Die gemeinsame Teilnahme von Bürgermeister*innen und parlamentarischen
149 Abgeordneten aus Bremen, Deutschland und Polen an Pride Demonstrationen (CSD)
150 sind ebenso wirkungsvoll und ein deutliches Signal für die Akzeptanz und
151 Gleichberechtigung von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Interviews mit
152 Medienschaffenden können diese Signale begleiten und dazu beitragen, dass sie
153 über die Grenzen der jeweiligen Städte hinaus sichtbar werden. Darüberhinaus
154 sollen sich Bremen und Bremerhaven in verschiedenen Netzwerken (wie z.B.
155 Eurocities, wo auch Budapest und Warschau vertreten sind) für die Akzeptanz und
156 Gleichberechtigung von LGBTIAQ* Personen einsetzen.

157 Europa ist queer. Europa ist bunt. Europa ist mitreißend. Europa ist ein Ort wo
158 jeder Mensch gleichberechtigt und unabhängig von Geschlecht, Sexualität,
159 Hautfarbe, Alter, Aussehen, Herkunft, Behinderung, Lebensform oder Religion frei
160 und sicher leben können soll. Dafür stehen wir Grüne!